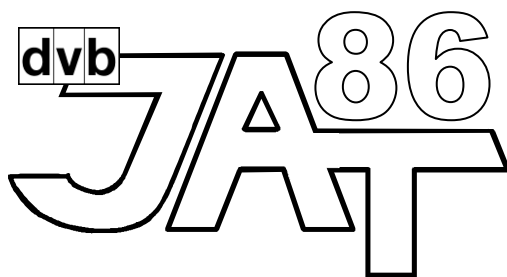


Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V.

Hans-Peter Blossfeld

Bedeutung der Erstberufswahl für den Berufsverlauf

Referat mit Diskussion



Jahrestagung des dvb
Festveranstaltung „30 Jahre dvb“
25. Oktober 1986
auf Schloss Ehringerfeld

Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld wurde 1954 in München geboren und studierte von 1976 bis 1980 Soziologie, Volkswirtschaft, Statistik und Wirtschaftsinformatik an der Universität Regensburg. 1984 wurde er an der Universität Mannheim promoviert; 1987 habilitierte er an der Freien Universität Berlin. Von 1980 bis 1984 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter beim VASMA-Projekt an der Universität Mannheim, 1984 bis 1992 leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Im Studienjahr 1988/1989 war Blossfeld Fellow am Netherlands Institute for Advanced Study in the Humanities and Social Sciences in Wassenaar bei Den Haag (Niederlande); 1989 bis 1992 war er Full Professor for Political and Social Sciences am European University Institute in Florenz (Italien). Von 1992 bis 1998 hatte er eine Professur für Statistik und Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Bremen inne; von 1998 bis 2002 war er Professor für Allgemeine Soziologie, insbesondere Theorie und Empirie von Sozialstrukturen und Wirtschaftssystemen, an der Universität Bielefeld.

Zudem hat er als Gastprofessor an renommierten Universitäten gelehrt, z.B. an der Harvard und der Cornell University, der University von Haifa und Tel Aviv, den Universitäten in Utrecht, Groningen und Nijmegen, den Universitäten in Southampton, Essex und Oxford, der Universidad Complutense de Madrid und der Universität Pompeu Fabra in Barcelona, der Università degli Studi di Trento und der Università degli Studi di Torino, den Universitäten Graz und Wien, der Wirtschaftsuniversität in Bergen und der Staatsuniversität in St. Petersburg.

Seit 2008 ist er Geschäftsführender Direktor des Instituts für bildungswissenschaftliche Längsschnittforschung (INBIL) in der Universität Bamberg und Leiter des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

Mit Erlaubnis von Hans-Peter Blossfeld wird hier die zusammenfassende Darstellung von Untersuchungen und deren Ergebnisse, die sich mit Fragen der Berufswahl und der beruflichen Chancen Jugendlicher beschäftigen, abgedruckt. Veröffentlicht wurde diese Analyse in seinem Buch: „Bildungsexpansion und Berufschancen. Empirische Analysen zur Lage der Berufsanfänger in der Bundesrepublik“, Campus-Verlag, Frankfurt / New York, 1985.

Die Redaktion

(erschien in der Zeitschrift des dvb „Der Berufsberater“, Heft 1/87, Seite 51ff)



Herausgeber der Reihe dvb-script:
dvb • Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V.
© Schwerte 2012

Hans-Peter Blossfeld

Bedeutung der Erstberufswahl für den Berufsverlauf

Mit der vorliegenden Monographie sollte die Frage beantwortet werden, wie das Beschäftigungssystem auf die ständig steigende Zahl besser ausgebildeter Berufsanfänger reagiert und welche Konsequenzen sich daraus für die beruflichen Chancen der jungen Generation ergeben. Dazu sind hier empirische Untersuchungen in vier Richtungen vorgenommen worden.

Zunächst wurden die generellen Folgen der Bildungsexpansion am Arbeitsmarkt und im Beschäftigungssystem analysiert. Auf der Basis der qualifikationsspezifischen Arbeitslosenstatistik konnte gezeigt werden, dass sich bis heute die Befürchtung einer Massenarbeitslosigkeit von Hoch- und Höherqualifizierten nicht bestätigt hat. Die Arbeitsmarktchancen der qualifizierten Arbeitskräfte stellen sich im Vergleich zu denen der Ungelernten noch als recht günstig dar. Von der hohen und steigenden Arbeitslosigkeit sind auch weiterhin die Arbeitskräfte ohne qualifizierte Berufsausbildung am härtesten betroffen. Obgleich auch die Arbeitskräfte mit einem Ausbildungsabschluss nicht von der Arbeitslosigkeit verschont bleiben, so gilt doch auch heute noch, dass das Risiko, arbeitslos zu werden, mit steigendem Ausbildungsniveau sinkt.

Zu den vorrangigen Zielen der gegenwärtigen Bildungspolitik sollte deswegen die Schließung der „Ausbildungslücke“ auf dem beruflichen Ausbildungsstellenmarkt zählen. Die Biographien der Schulabgänger, die heute keinen Arbeitsplatz finden können, lassen sich nicht anhalten, bis der „Engpass auf dem Lehrstellenmarkt“ überwunden ist. In späteren Lebensjahren ist es aber außerordentlich schwer, einen beruflichen Ausbildungsabschluss nachzuholen, der beim Übergang vom Bildungs- in das Beschäftigungssystem versäumt wurde. Damit sich bei den geburtenstarken Kohorten nicht auf Dauer eine aussonderbare Gruppe von Un- und Angelernten mit hohen Arbeitslosenraten herauskristallisiert, sind alle Maßnahmen zu begrüßen, die

die Zahl der Ausbildungsstellen erhöhen. Aber nicht allein die Zahl ist ausschlaggebend, vielmehr muss es sich dabei auch um zukunftssichere Berufe handeln (vgl. Noll 1983), die in den neunziger Jahren, wenn es nach den heute vorliegenden Prognosen wieder zu einem Arbeitskräftemangel kommen wird, benötigt werden.

Obwohl sich in den siebziger Jahren die Proletarisierungshypothese empirisch nicht bestätigt hat, deuten sich in den letzten Jahren doch Friktionen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem an, die auf die enge strukturelle Verkopplung zwischen dem System der höheren Bildung und der Beschäftigung der Hochqualifizierten im öffentlichen Dienst zurückzuführen sind. So ist zwischen 1975 und 1981 die absolute Zahl der arbeitslosen Hoch- und Fachhochschulabsolventen um so stärker angewachsen, je mehr diese durch ihre fachliche Ausbildung auf eine Beschäftigung im öffentlichen Sektor angewiesen sind. Die sich dort nach einem Jahrzehnt des raschen Ausbaus wohlfahrtsstaatlicher Leistungen zunehmend abzeichnenden Sättigungstendenzen, die wachsende Finanznot der öffentlichen Hand und der geringe Ersatzbedarf, der sich aus der Altersstruktur der beim Staat beschäftigten Hoch- und Fachhochschulabsolventen ergibt, haben die Arbeitsmarktchancen der Geistes- und Sozialwissenschaftler in den letzten Jahren nachhaltig verschlechtert. Insofern ist es bildungspolitisch zu begrüßen und zu fördern, dass die Abiturienten heute zunehmend Studienfächer wählen, die einen stärkeren privatwirtschaftlichen Bezug haben. So waren im Jahre 1982 die Ingenieurwissenschaften das beliebteste Studienfach der Abiturienten. 26,3 Prozent der Studierwilligen möchten dieses Studium wählen (1981: 22,3 Prozent) (vgl. Statistisches Bundesamt 1983b). Es folgten die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften, einschließlich Jura, mit 20,0 Prozent, die Sprach- und Kulturwissenschaften mit 15,2 Prozent sowie Mathematik und Naturwissenschaften mit 12,8 Prozent der Nennungen. Der Anteil der Abiturienten mit dem Berufsziel „Lehrer“ hat sich auf 7,9 Prozent verringert. Diese unter beschäftigungspolitischen Aspekten positiv zu beurteilende Verschiebung der Studienneigung dürfte dazu führen, dass sich in den neunziger Jahren die Chancen für die Integration der Akademiker in den privatwirtschaftlich organisierten Beschäftigungssektor weiter verbessern.

Rückblickend hat sich in den siebziger Jahren die Aufnahmefähigkeit des Beschäftigungssystems für eine wachsende Zahl besser ausgebildeter Berufsanfänger als weit größer erwiesen, als dies vielfach vermutet worden war. Im Rahmen des berufsstrukturellen Wandels sind viele neue qualifizierte Berufspositionen geschaffen worden. Die Entwicklung im Beschäftigungssystem verlief aber, entgegen der Vorhersage der Innovationshypothese,

langsamer als der Prozess im Bildungssystem. Dies hatte zur Folge, dass sich Verschiebungen in der beruflichen Platzierung der Absolventen verschiedener Bildungsgänge ergeben haben, die man als Verdrängung bezeichnen kann.

Während sich die Hochschulabsolventen auch noch zu Beginn der achtziger Jahre weitgehend in den traditionellen akademischen Berufen platzieren konnten, stießen die Absolventen der neugeschaffenen Fachhochschulen zunehmend in die Semiprofessionen, in die qualifizierten kaufmännischen und Verwaltungsberufe sowie die Managerberufe vor. Der Einsatz der Fachhochschulabsolventen war dort nicht selten mit einer Anhebung der Vorbildungs- und Eingangsvoraussetzungen (wie beispielsweise im gehobenen Dienst) verbunden. Insbesondere Planungs- und Leitungsfunktionen werden in wachsendem Ausmaß von Abiturienten und Fachhochschulabsolventen übernommen, wodurch sich im mittleren Management die Berufs- und Karrierechancen der „Praktiker“ vermindern dürften.

Müssen die Absolventen mit Mittlerer Reife damit gegenüber den Abiturienten und Fachhochschulabsolventen qualifizierte Berufspositionen preisgeben, so weichen sie selbst zunehmend in die attraktiveren unter den Berufen aus, die früher eine Domäne der Hauptschulabsolventen waren. Sie verzeichnen einen größeren Chancenzuwachs bei den qualifizierten manuellen Berufen und den qualifizierten Diensten.

Die Hauptschulabsolventen schließlich wurden mehr und mehr auf die einfachen und unqualifizierten Berufe festgelegt. Es bildet sich für sie ein Arbeitsmarktsegment heraus, das durch unattraktive Tätigkeitsfelder und geringe Aufstiegschancen gekennzeichnet ist.

Alle diese neuen Zuordnungsmuster bestätigen die Vermutung, dass die Beschäftigten im Zweifelsfall die formal besser qualifizierten Arbeitskräfte den formal weniger qualifizierten bei der Rekrutierung vorziehen. Dadurch verstärkt sich der Zusammenhang von Ausbildung und Berufschance, weil die Realisierung attraktiver Berufsmöglichkeiten auf jeder Stufe vom Erwerb immer höherer Bildungsabschlüsse abhängt. Der Arbeitsmarkt der Berufsanfänger wird so zunehmend durch das Merkmal „Ausbildungsabschluss“ segmentiert.

Damit liegt die eigentliche Problematik der Bildungsexpansion darin, dass durch den Verdrängungsprozess vor bestimmten attraktiven Berufen sukzessive neue Bildungshürden aufgebaut werden. An diesen orientieren sich die jeweils nachfolgenden Kohorten in der Ausbildungsentscheidung,

müssen dann beim Erreichen des Bildungsabschlusses jedoch oft feststellen, dass die Hürden inzwischen bereits weitergewachsen sind. Ein Ausstieg aus dem Qualifizierungsprozess im Schul- und Hochschulsystem empfiehlt sich dann nicht, solange sich alle anderen Konkurrenten weiterbilden. Das Ergebnis sind nicht selten Absolventen, die die Inflationierung ihrer Bildungsabschlüsse als kostspielige Fehlqualifikation erfahren.

In einem zweiten Analyseschritt konnte durch die Unterscheidung von öffentlichem und privatem Sektor gezeigt werden, dass die Berufsanfänger um so eher im öffentlichen Sektor beschäftigt werden, je qualifizierter sie sind. Ergaben sich dadurch in den siebziger Jahren aufgrund der starken Personalexpansion im öffentlichen Sektor für die Hoch- und Höherqualifizierten vergleichsweise günstige Beschäftigungs- und Berufschancen, so befinden wir uns heute in einer völlig anderen Situation. Eine weitere Expansion der Zahl der Personalstellen im öffentlichen Sektor ist in den kommenden Jahren wohl kaum zu erwarten. Um so wichtiger, ist darum die Beantwortung der Frage, wie denn eigentlich die Formen beruflicher Integration im staatlichen Sektor und die beruflichen Ausweichchancen in der Privatwirtschaft für die Hoch- und Höherqualifizierten aussehen.

Entgegen der häufig vertretenen These, dass der staatliche Sektor weit weniger flexibel auf die Höherqualifikation reagieren könne, konnte gezeigt werden, dass auch im staatlichen Sektor bei der Rekrutierung genügend Substitutions- und Verdrängungsspielräume im unteren und mittleren Bereich der Personalstruktur bestehen. Im Hinblick auf die in den achtziger Jahren rasch steigende Zahl von Hochschulabsolventen ist allerdings die Tatsache bedeutsam, dass es unter normalen arbeitsvertraglichen Bedingungen beim Staat bis heute noch nicht üblich ist, für diese Absolventengruppe Beschäftigungsmöglichkeiten im mittleren und gehobenen Dienst zu schaffen. Selbst wenn diese Absolventen von sich aus Status- und Einkommenseinbußen in Kauf nehmen würden, um eine annähernd „adäquate“ Anstellung zu erhalten, werden sie unter den gegenwärtigen rechtlichen und tarifvertraglichen Bedingungen nicht auf Dienstposten im mittleren und gehobenen Dienst eingestellt. Gegen Ende der achtziger Jahre entsteht damit zunehmend die Gefahr einer Proletarisierung von Hochqualifizierten durch Arbeitslosigkeit, falls für die ständig steigende Zahl von geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlich ausgebildeten Akademikern im höheren Dienst nicht genügend Berufspositionen finanziert werden können. Diese Gefahr ist für die akademischen Berufsanfänger auch deshalb so groß, weil keine andere Absolventengruppe in ihren Beschäftigungsmöglichkeiten so auf den staatlichen Sektor angewiesen ist. So waren im Jahre 1982 mehr als

78 Prozent der abhängig beschäftigten Berufsanfänger mit Hochschulabschluss – und darunter die Frauen sogar mit 89 Prozent – im öffentlichen Sektor tätig.

In der Privatwirtschaft stehen darüber hinaus für die meisten Akademiker, wie ein Vergleich der Berufsstrukturen von Privatwirtschaft und staatlichem Sektor deutlich gemacht hat, nur wenige der Ausbildung entsprechende Ausweichmöglichkeiten offen. Die im Studium erworbenen fachspezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten wären in der Privatwirtschaft meist nicht verwertbar. Viele Akademiker müssten sich in fachfremden Aufgabengebieten requalifizieren, wie das beispielsweise heute in dem Modellversuch „Integration von Lehrern in die Wirtschaft“, der vom Institut der deutschen Wirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft durchgeführt wird, geschieht. Welche Erfolge man sich von solchen Umschulungs- und Integrationsmaßnahmen versprechen darf, ist gegenwärtig noch nicht absehbar. Große Skepsis ist allerdings angebracht, da heute bereits der wachsenden Zahl von eigens für die Privatwirtschaft ausgebildeten Hochschulabsolventen, wie den Ingenieuren, den Betriebs- und Volkswirten usw., ein recht begrenztes Stellenangebot gegenübersteht. In der Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze dürften diese speziell qualifizierten Bewerber den umgeschulten Lehrern überlegen sein.

Erfolgsversprechender und der Qualifikation der meisten arbeitslosen Akademiker eher entsprechend scheint deswegen eine Strategie der Flexibilisierung, der Arbeitsplatzteilung und der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst zu sein. Insbesondere eine Flexibilisierung des Übergangs vom gehobenen zum höheren Dienst und umgekehrt ist zu fordern, wodurch für die Akademiker mit ihren Spezialqualifikationen im staatlichen Sektor berufliche Ausweichmöglichkeiten geschaffen werden könnten, die finanzierbar sind. Große Hoffnungen kann man auch auf die Möglichkeit vermehrter Teilzeitarbeit mit halben oder Dreivierteldeputaten setzen.

In einer dritten Analysestufe erfolgte durch die Unterscheidung nach Geschlecht eine Analyse der geschlechtsspezifischen Arbeitsmärkte. Es wurde gezeigt, dass die Frauen unter den abhängig beschäftigten Berufsanfängern stärker als die Männer von der Bildungsexpansion profitiert haben. In ihrer Bildungsstruktur verzeichnen sie einen deutlichen Abbau des Ungelerntenanteils zugunsten eines kräftigen Anstiegs bei den Absolventen mit Mittlerer Reife, Abitur und Fachhochschulabschluss. Parallel dazu haben die Berufsanfängerinnen in allen unqualifizierten Tätigkeitsfeldern anteilmäßig abgenommen und in den qualifizierten Aufgabengebieten ihre Chancen verbessert. Den raschen beruflichen Chancenzuwachs im Dienstleistungs-

bereich verdanken die Frauen vor allem dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Der Tertiarisierungsprozess hat damit neben der Bildungsexpansion eine entscheidende Grundvoraussetzung für die Verbesserung der beruflichen Lage der Frauen geschaffen.

Mit Hilfe einer log-linearen Pfadanalyse konnte gezeigt werden, dass die Frauen in den siebziger Jahren überall dort, wo ihre gegenüber den Männern zuvor ungünstigen Bildungschancen tatsächlich besser geworden sind, im Beschäftigungssystem eine Angleichung der beruflichen Chancen erreichen konnten. Die Ausbildung ist sowohl für die Männer als auch für die Frauen eine der zentralen Determinanten für die Berufschancen im Beschäftigungssystem. Der autonome geschlechtsspezifische Berufszugangsfaktor, in dem sowohl die geschlechtsspezifischen Interessen und Motivationsstrukturen als auch die strukturellen Bevorzungen und Benachteiligungen von Männern und Frauen zusammengefasst wurden, ist dagegen vergleichsweise unbedeutend.

Unsere Analyse gibt damit Anlass zu der Hoffnung, dass mit einer weiteren Angleichung der Bildungschancen von Männern und Frauen die berufliche Benachteiligung der Frauen zunehmend abgebaut werden kann. Andererseits erwies sich der autonome geschlechtsspezifische Berufszugangsfaktor als sehr stabil, so dass auch bei einem völligen Ausgleich der Bildungschancen zwischen den Geschlechtern noch zu erwarten ist, dass deutlich ausgeprägte männliche und weibliche Berufsfelder weiterbestehen.

Für die Beurteilung der beruflichen Chancen der Berufsanfängerinnen in den achtziger Jahren dürfen jedoch zwei Tatbestände nicht vergessen werden, die eine Trendwende der positiven Entwicklung in den letzten Jahren herbeiführen könnten. Zum einen hat sich gezeigt, dass vor allem die Mädchen von dem beruflichen Ausbildungsplatzdefizit außerordentlich stark betroffen sind. Nach einer Untersuchung der Landesarbeitsämter Nord- und Südbayern hat sich für das Jahr 1982/83 ergeben, dass in den Dienstleistungsberufen, in denen Mädchen etwa 80 Prozent der Auszubildenden stellen, für drei Bewerber nur zwei Ausbildungsstellen zur Verfügung standen. Noch deutlicher war das Missverhältnis bei den von den Mädchen besonders begehrten Büro- und Verwaltungsberufen: Auf zwei Bewerber kam nur eine Stelle. Daneben ist zu berücksichtigen, dass vom Ausbau des Wohlfahrtsstaates vor allem die Frauen profitiert haben. Wenn sich die gegenwärtige, zunehmend restriktive Personalpolitik der öffentlichen Hand weiter fortsetzen sollte, so werden die Frauen davon besonders stark in ihren beruflichen Chancen betroffen sein. Bereits heute sind die Frauen unter den arbeitslosen Hoch- und Fachhochschulabsolventen, die aufgrund ihrer fachli-

chen Orientierung auf eine Beschäftigung im staatlichen Sektor angewiesen sind (wie z.B. die Lehrer, die Sozialarbeiter und die Sozialpädagogen), weit überproportional vertreten.

Eine weitere Differenzierung der Analyse erfolgte schließlich in einem vierten Schritt, in dem wir die Konsequenzen der zuvor untersuchten Prozesse in Bezug auf die qualifikationsspezifischen Einkommen aufzeigten. Dabei machte schon die Untersuchung der Durchschnittseinkommen deutlich, dass die Berufsanfänger mit höheren und hohen Qualifikationen auch heute noch mit einem höheren Einkommen rechnen können als jene, die nur einen Hauptschulabschluss erworben haben. Von 1970 bis 1982 nimmt allerdings der Einkommensvorsprung der Bessergebildeten gegenüber den Hauptschulabsolventen ohne Berufsausbildung mehr und mehr ab. Anhand der Durchschnittseinkommen konnte auch gezeigt werden, dass die Frauen, unabhängig vom Bildungsabschluss, stets weniger verdienen als gleichqualifizierte Männer. Mit steigendem Bildungsniveau werden zwar die geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenzen zunehmend kleiner, größere Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind aber auch noch bei den Akademikern zu beobachten. Daran hat die Bildungsexpansion nichts geändert.

Die sinkende Tendenz der Bildungsrenditen höherer formaler Ausbildungsabschlüsse bestätigte sich auch noch nach einer Kontrolle der zentralen Variablen Beruf, Sektor und Geschlecht. Eine Ausnahme bildet allerdings die berufspraktische Bildung, deren Wert sich damit relativ zu den höheren formalen Abschlüssen (wie Abitur, Fachhochschulabschluss und Hochschulabschluss) erhöht hat. Die Befunde bestätigen insgesamt die human-kapitaltheoretische Position, nach der bei einem Überangebot an höheren Qualifikationen durch die verstärkten Konkurrenzprozesse fallende Bildungsrenditen zu erwarten sind. Auch in den achtziger Jahren dürfte sich diese Tendenz weiter fortsetzen und zu einem Abbau der Einkommensungleichheiten zwischen unterschiedlich qualifizierten Personen beitragen.



Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V.

Bundesvorsitzende: Birgit Lohmann

Geschäftsstelle: c/o B. Ehmke, Mühlendamm 6, 58239 Schwerte

Telefon: 023 04/77 75 27, Email: kontakt@dvb-fachverband.de

www.dvb-fachverband.de